



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Vom Reformmodell zur modernen Universität

Rimbach, Gerhard

Düsseldorf, 1992

9.2.1.3 Charakteristisches

urn:nbn:de:hbz:466:1-8287

9.2.1.3 Charakteristisches

Die in Essen gelungene Einbeziehung einer universitären Einrichtung in eine integrierte Gesamthochschule ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß es nirgends sonst in der Bundesrepublik gelang, eine derartige Institution in eine Gesamthochschule überzuleiten. Überall kapitulierten die Politiker vor dem Widerstand der Universitäten. Die sich in ihrem Kern gesund fühlende Universität mit ihrer jahrhundertealten Tradition erwies sich gegenüber einer derartigen Zäsur als resistent, obwohl die damals allgemein als notwendig erkannten Reformschritte bis heute nicht erfolgt sind. Über die in Essen während der Gründungsphase im Klinikum fortgesetzten wissenschaftlichen Arbeiten wird im folgenden Zitat berichtet:

"Während die übrigen Gesamthochschulen sich vorwiegend darauf konzentrierten, den Aufbau voranzutreiben und unter dem Anerkennungsdruck stehend wissenschaftliches Ansehen zu erwerben, baute das Klinikum seine schon vorhandene Reputation in der Gründungsphase weiter aus. Deshalb nahm die Deutsche Forschungsgemeinschaft die Gesamthochschule Essen bereits am 3. Juli 1974 als Mitglied auf. Als erstes von vier in der Bundesrepublik geplanten Instituten wurde im Mai 1977 das 'Westdeutsche Tumorzentrum Essen' eröffnet. Beim Kampf gegen den Krebs soll durch jährliche Zuwendungen der Deutschen Krebshilfe eine verbesserte Zusammenarbeit vieler medizinischer Disziplinen und die Beschaffung zusätzlicher Einrichtungen und Großgeräte ermöglicht werden. Durch Einrichtung des Sonderforschungsbereichs 102 'Experimentelle und klinische Leukämie- und Tumorforschung' Ende 1978 fand eine weitere Anerkennung bisheriger Forschungsleistungen statt. Zahlreiche Arbeitsgruppen aus Instituten und Kliniken arbeiten seitdem an Projekten der Leukämie- und Tumorforschung. Während im SFB die kliniknahen Grundlagen über Entstehung und Behandlung von Tumoren erforscht werden, dient das Tumorzentrum vor allem der Verbesserung in der praktischen Behandlung und der Nachsorge von Tumorkranken in Kooperation von operativen, chemo- und strahlentherapeutischen Maßnahmen sowie der Entwicklung entsprechender, möglichst allgemeingültiger Therapieprogramme".

Über die Einbindung in diesen institutionellen Rahmen hinaus finden vielfache Kooperationen zwischen experimentell arbeitenden Instituten und Kliniken statt, z.B. bei der Einführung neuer Modalitäten in die Tumorthherapie wie Neutronen- und Hyperthermie. Einen weiteren Schwerpunkt bilden unter diesem Aspekt die Nieren- und Knochenmarktransplantation. Es wird die Optimierung und Durchführung von immunologischen Testverfahren vorgenommen, um die immunologische 'Verträglichkeit' der Zellen und Gewebe von Spendern mit denen der Empfänger zu ermitteln. Auch sind vielfältige mikrobiologische Untersuchungsverfahren in diesen Komplex eingebunden."¹⁶

Bereits in der Gründungsphase der Gesamthochschule Essen waren verschiedene Institute und Kliniken an nationalen oder internationalen Forschungsprogrammen beteiligt, z.B. World Health Organisation (Virushepatitis), International Atomic Energy Agency (Grundlagen der Strahlentherapie), U.S. National Cancer Institute (Karzerogenese, European Organisation for Research on Treatment of Cancer - EORTC - verschiedene Krebstherapiestudien). Die zahlreichen Aktivitäten haben dazu geführt, daß Wissenschaftler des Fachbereichs für Theoretische

¹⁶ Schriften und Berichte, Band 3, S. 203.

und Praktische Medizin seitdem in zahlreichen nationalen und internationalen Gremien vertreten sind sowie Anerkennung durch Preise und Ehrenmitgliedschaften wissenschaftlicher Gesellschaften in großer Zahl erhalten haben.

Schon aus den Vorgängereinrichtungen wurde die Intention übernommen, an der Lösung spezifischer Probleme der Region mitzuarbeiten. Exemplarisch sind dafür zwei Themenbereiche des Ruhrgebietes: die Eingliederung ausländischer Arbeitskräfte und ihrer Familien sowie die Umweltgefährdung besonders durch Altlasten einer Industrieregion (vgl. Kap. 9.2.3.2). Auf beiden Gebieten entwickelten sich zahlreiche Aktivitäten.

Systematisch wurden die Sprachprobleme von Kindern ausländischer Arbeitskräfte erforscht, wobei auch die Rückwirkungen auf die muttersprachlichen Kenntnisse durch Verwendung der deutschen Sprache einbezogen wurden. Es stellte sich heraus, daß die Kinder nicht durch Zweisprachigkeit in der Schule überlastet wurden, sondern dadurch, daß sie entweder "germanisiert" oder in einem "muttersprachlichen Ghetto" alleingelassen wurden. In einem Modellversuch der Ausländerpädagogik wurden die Sozialisationsprobleme ausländischer Kinder im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die Verbesserung ihrer schulischen Betreuung und geeignete Fortbildungsmaßnahmen für deutsche Lehrer von ausländischen Kindern entwickelt, geplant und evaluiert, an denen sich ca. 3000 Lehrer beteiligten.

Aus diesen Ansätzen entstand 1979 als Konzept der Sprachausbildung und Fortbildung von Lehrern für Ausländerkinder das vom Gründungssenat beschlossene "Essener Modell", das 1981 von dem Ausschuß "Innovation im Bildungswesen" der zuständigen Bund-Länderkommission befürwortet und personell abgesichert wurde. Noch im gleichen Jahr beschloß der Senat ein "Institut für Migrationsforschung, Ausländerpädagogik und Zweisprachendidaktik (IMAZ)" als zentrale wissenschaftliche Einrichtung, dem der Wissenschaftsminister Anfang 1982 zustimmte. Das seitdem bestehende, interdisziplinäre Institut betreibt Forschung und Lehre auf den drei Gebieten seiner Bezeichnung. Die Migrationsforschung untersucht die Auswirkungen der Arbeitskräftewanderung in den Herkunfts- und Anwerbeländern. Die Ausländerpädagogik befaßt sich mit Maßnahmen zur schulischen Betreuung der Kinder von Wanderarbeitern und der Fortentwicklung von Studien- und Ausbildungskonzepten für die Qualifizierung pädagogischen Personals. Die Zweisprachendidaktik konzentriert sich auf problemorientierte Sprachkurse vorwiegend des Türkischen, Serbokroatischen und Griechischen als Grundqualifikation für die Vermittlung von Deutsch als Fremdsprache, aber auch als problemorientierte Sprachkurse im Gesundheitswesen oder auch als Fortbildungsmaßnahme, um Türkisch als Abiturfach unterrichten zu können. Inzwischen konnte in Zusammenarbeit mit der Stadt Essen das bisher in Bonn ansässige "Zentrum für Türkeistudien" als An-Institut an die U-GH Essen angeschlossen werden, das eng mit dem IMAZ kooperiert.

In einem viersemestrigen Zusatzstudiengang "Ausländerpädagogik einschließlich Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache" wird nach abgeschlossenem Lehramtsstudium eine Zusatzqualifikation mit dem Charakter einer Lehrbefähigung für ein weiteres Unterrichtsfach verliehen. Das Studium umfaßt vier gleichgewichtige Bereiche:

- Sprachpropädeutik und Deutsch als Zweitsprache,
- interkulturelle Erziehung und Bildung,
- soziale Probleme in multikulturellen Gesellschaften,

- Basiskenntnisse in einer der Herkunftssprachen (Türkisch, Griechisch oder Serbisch/Kroatisch), vermittelt mit dem Sprachkontrast zum Deutschen sowie zweitsprachen-didaktischen Folgerungen.

Bereits in der Gründungsdekade gelang es, eine Reihe prominenter Künstler als Gastdozenten bzw. als "poet in residence" zu verpflichten, darunter Martin Walser, Peter Rühmkorf, Rolf Hochhuth, Max von der Grün, Heinar Kipphardt, Günter Herburger, Jurek Becker, Heinrich Lettau und Peter Bichsel. Unter den vom Fachbereich Gestaltung und Kunsterziehung als "artist in residence" gewonnenen Künstlern veranstaltete Wolf Vorstell ein Happening mit dem Titel "Der Heuwagen" und der Grafiker Klaus Staeck eine Ausstellung der in seinem Seminar entstandenen Arbeiten mit dem Thema: "Von der Kunst, Politik auf die Straße zu bringen".

Von den engagierten Bemühungen, Studienreform zu verwirklichen, zeugt, neben dem als Dokument 4 wiedergegebenen Grundsätzen, der Vorschlag, ein Studium ohne formale Hochschulreife zu ermöglichen. Ein derartiger Modellversuch scheiterte im Jahre 1975 am Widerstand des Kultusministers. Trotz intensiver Vorarbeiten gelang es auch nicht, den Diplomstudiengang Pädagogik mit dem Fachhochschulstudiengang Sozialarbeit und Sozialpädagogik durch einen integrierten Studiengang zu ersetzen, obwohl dieses der Zielsetzung der Gesamthochschule entsprochen hätte und eine Reihe anderer Gründe wie die sich überschneidenden Tätigkeitsfelder und die darauf abgestimmten Studienziele und -inhalte für eine konzeptionelle Neuordnung sprachen.

Schon im Oktober 1974 fand im Rahmen der Universitätswoche eine Podiumsdiskussion mit dem Thema "Mögliche Beiträge der Hochschule zu Fort- und Weiterbildung" statt. Als erste Hochschule im Lande NRW wurde Ende 1977 die Stelle eines Weiterbildungsbeauftragten besetzt, und Anfang 1978 erschien das erste Weiterbildungsverzeichnis mit geeigneten Veranstaltungen für interessierte Bürger. In Verbindung mit der Zentralstelle für Forschungs- und Entwicklungstransfer entwickelte sich das "Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität-Gesamthochschule Essen e.V.", durch das Berufspraktikern wissenschaftliche Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden sollen, die die Wettbewerbsfähigkeit im Erwerbsleben erhalten und verbessern. Die auf naturwissenschaftlich-technische und wirtschaftswissenschaftliche Gebiete konzentrierten Veranstaltungen werden teilweise in Zusammenarbeit mit Unternehmen und mit der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführt.

Noch in einem anderen Bereich der Studienreform wurde in Essen Vorbildliches geleistet; nirgends sonst wurden die Ergebnisse integrierter Studiengänge derart umfassend dokumentiert wie durch die Hitpaß-Studie und durch Untersuchungen des Hochschuldidaktischen Zentrums. Über beides wurde an anderer Stelle (vgl. Kap. 8.2) ausführlich berichtet. Das einzige Hochschuldidaktische Zentrum an einer Gesamthochschule in NRW wurde 1975 errichtet. Als zentrale wissenschaftliche Einrichtung sollte es die für Studienreform zuständigen Gremien unterstützen und beraten, wobei die integrierten Studiengänge im Mittelpunkt standen. Nachdem das Studiengangsystem konsolidiert war, hat das HDZ mehrere Studiengänge evaluiert und die Ergebnisse veröffentlicht. Das HDZ beteiligte sich außerdem an der Organisation und Betreuung von Orientierungsveranstaltungen in nahezu allen Fachbereichen und führte Dozenten- und Tutorenfortbildung durch.

In den 80er Jahren konzentrierte sich das HDZ auf den Themenbereich Hochschule, Wissenschaft und wissenschaftliche Ausbildung. Daraus ergaben sich zahlreiche aktuelle Einzelfragen:

- Langzeitstudenten und Studienzeiterverlängerung,
- Studien- und Arbeitssituation von Frauen an der Hochschule,
- Aufbau und Entwicklung von Frauenstudien,
- Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Geistes- und Sozialwissenschaftler,
- Verhältnis zwischen Wissenschaftsdisziplinen und wissenschaftlicher Ausbildung.

Daneben bietet das HDZ Lehrveranstaltungen an und zwar Dozentenkurse Rhetorik, Tutorenkurse, Serviceleistungen für andere Fachbereiche und Frauenstudien. Als Reaktion auf die veränderte Aktualität von Themen finden anstelle der ursprünglich im Mittelpunkt stehenden Studienreform nur noch die angeführten Einzelaspekte Interesse.

9.2.1.4 Eine fünfzehnjährige Baugeschichte

Fehleinschätzungen über den Baubeginn des "Operativen Zentrums" durchziehen die Gründungsphase der U-GH Essen. Wurde zuerst vom damaligen Finanzminister Wertz das Jahr 1975 für den Baubeginn und für die endgültige Fertigstellung 1979 genannt, so verschob sein Nachfolger Prof. Halstenberg den Beginn auf das Jahr 1977. Zuerst wurde die Terminverschiebung nur mit Planungsproblemen begründet, später bekannte sich die Landesregierung zu Engpässen der Finanzierbarkeit. Finanzminister Posser nannte dann das Jahr 1978 für den Baubeginn. Aber auch dieses Jahr verstrich und im März 1979 kündigte Wissenschaftsminister Jochimsen den Beginn der Erdarbeiten für den September an, die Fertigstellung des ersten Bauabschnitts allerdings erst für 1984. Im April 1980 stellte der gleiche Minister die Grundsteinlegung für Mai 1980 in Aussicht. Zwar wurde dann die Baugrube ausgehoben, für Jahre der einzige Hinweis auf den Bau, weil aber die Konsolidierung des Landeshaushaltes Vorrang hatte, wurde der Baubeginn erneut verschoben. Im Februar 1981 haben der Finanz- und der Wissenschaftsminister den Baubeginn "endgültig" auf die Jahreswende 1981/82 vereinbart. Diesen Termin wiederrief die Landesregierung im Juli 1981.

Eine Umplanung zur "kleinen Lösung" reduzierte Ende 1981 die ursprünglich vorgesehene Fläche von 42.000 m² auf etwa 16.000 m². Im Juli 1982 teilte dann Finanzminister Posser mit, mit dem verkleinerten Neubau könne spätestens 1985 begonnen werden. Tatsächlich wurde im Mai 1985 der Grundstein gelegt, ein Jahr später konnte das Richtfest gefeiert und am 1. Juni 1989 das "Operative Zentrum II" seiner Bestimmung übergeben werden. Vom Planungsbeginn bis zur Fertigstellung vergingen demnach fünfzehn Jahre. Eine derartige Fülle uneingelöster Versprechungen kann nicht nur mit der Finanzkrise des Landes erklärt werden. Zu vermuten sind weitere Gründe wie erhebliche Baupreisüberschreitungen anderenorts, z.B. beim Hochschulklinikum in Aachen, die sich nach und nach herausstellten und alle verfügbaren Mittel in Anspruch nahmen.